

Pressemitteilung

Erasmus stärkt die Europäische Identität

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

Anke Sobieraj
Leiterin Pressestelle
DAAD – Deutscher
Akademischer
Austauschdienst
Tel.: +49 (0)228 882-454
presse@daad.de
[\[mailto:presse@daad.de\]](mailto:presse@daad.de)

[« Zurück zur Ergebnisliste \[/presse/pressemitteilungen/?page=38&\]](#)

Bonn, 24.01.2017. Mit ERASMUS gehen jedes Jahr fast 300.000 Menschen für ein Studium oder Praktikum ins Ausland. Es gehört zu den erfolgreichsten Projekten der Europäischen Union. In diesem Jahr feiert es seinen 30. Geburtstag. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) übernimmt seit dem Programmstart im Jahr 1987 die Aufgaben einer Nationalen Agentur bei der Umsetzung von ERASMUS in Deutschland für den Hochschulbereich.

DAAD-Präsidentin Prof. Margret Wintermantel zum ERASMUS-Programm:

„Vor dem Hintergrund der aktuellen europäischen Herausforderungen sind Programme wie ERASMUS dringender denn je. Sie stärken die europäische Identität. Wir brauchen Menschen, die für Europa und über seine Grenzen hinaus Verantwortung übernehmen und gemeinsame Perspektiven jenseits nationaler Interessen entwickeln.“

ERASMUS hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten zu einem Erfolgsmodell für die junge Generation in Europa entwickelt – weit mehr als drei Millionen Menschen haben in dieser Zeit die Möglichkeit genutzt, Europa zu erleben. Viele von ihnen nehmen inzwischen wichtige Positionen in Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und Politik ein und bringen ihre europäische Erfahrung in ihre Arbeit ein.“

Hintergrund

In Deutschland koordiniert der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) für das BMBF das Programm für die Hochschulen. Der DAAD ist damit eine der ältesten und erfahrensten Agenturen für EU-Programme in Europa. Die Arbeit in und für Europa sowie die Mitgestaltung des Europäischen Hochschul- und Forschungsraums sind in der aktuellen Programmgeneration von Erasmus+ eine zentrale

ab 2021 wird sich der DAAD für eine Stärkung der Bildungszusammenarbeit mit Ländern außerhalb der EU, eine weitere Budgetaufstockung und Verwaltungsvereinfachungen einsetzen.